BUNDESPARTEIGERICHT
CDU-BPG 6/2003

B E S C H L U S S

In der Parteigerichtssache

der Frau
E. B. in W.

**- Antragstellerin, Beschwerdeführerin
und Rechtsbeschwerdeführerin -**

Verfahrensbevollmächtigter:

Rechtsanwalt
Dr. W.-D. M. in W.

g e g e n

den CDU-Kreisverband W.,
vertreten durch den Kreisvorstand,
dieser vertreten durch den Kreisvorsitzenden
Herrn D. W. in W.

**- Antragsgegner, Beschwerdegegner
und Rechtsbeschwerdegegner -**

Verfahrensbevollmächtigter:

Rechtsanwalt

Dr. U. B. in W.
wegen Wahlanfechtung

hat das Bundesparteigericht der CDU aufgrund der mündlichen Verhandlung vom 18. Mai 2004 in Berlin unter Mitwirkung von

Präsident des Oberlandesgerichts a. D.

Dr. Eberhard Kuthning

- als Vorsitzendem -

Regierungsdirektor

Bernhard Hellner

Richterin am Bundesgerichtshof a. D.

Dr. Heidi Lambert-Lang

Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht a. D.

Dr. Pia Rumler-Detzel

Rechtsanwältin

Petra Kansy

- als beisitzende Richter -

beschlossen:

- 1. Die Rechtsbeschwerde der Antragstellerin gegen den Beschluss des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes O. vom 12. September 2003 wird zurückgewiesen.**
- 2. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei; außergerichtliche Kosten und Auslagen sind von den Verfahrensbeteiligten selbst zu tragen.**

Gründe:

I.

Die Parteien streiten um die Gültigkeit der am 26.03.2003 auf einer Mitgliederversammlung durchgeführten Wahlen zum Kreisvorstand des CDU-Kreisverbandes W. Die Wahlen waren erforderlich geworden, nachdem 108 Mitglieder gem. § 9 Nr. 3 der Kreissatzung die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung erfolgreich begehrt hatten mit dem Ziel, den bestehenden Kreisvorstand abzuwählen und einen neuen Kreisvorstand zu wählen. Daraufhin waren insgesamt neun von 13 Mitgliedern des Kreisvorstands, darunter auch der Kreisvorsitzende und einer seiner Stellvertreter, zurückgetreten.

An der Mitgliederversammlung des CDU-Kreisverbandes W. am 26.03.2003 nahmen insgesamt 199 wahlberechtigte Parteimitglieder und vier Gäste teil. Von der Hauptversammlung waren elf Vorstandsmitglieder zu wählen, zwei weitere Mitglieder gehören dem Kreisvorstand kraft Amtes an (§ 10 Kreissatzung). Im Einzelnen waren folgende Wahlen durchzuführen:

- die Wahl des Kreisvorsitzenden,
- die Wahl von zwei stellvertretenden Kreisvorsitzenden,
- die Wahl des Schatzmeisters,
- die Wahl des Schriftführers,
- die Wahl von bis zu 6 Beisitzern.

Um den Kreisvorsitz bewarben sich drei Kandidaten: B., Dr. M., W.. Hierzu wurden vorbereitete Stimmzettel mit dem Namensaufdruck des Kandidaten W. ausgeteilt. Die Herren B. und Dr. M. bewarben sich aus der Mitte der Versammlung. Ihre Namen wurden auf Geheiß des Versammlungsleiters auf den Stimmzetteln handschriftlich vermerkt. Der Kandidat B. hatte seine Bewerbung um das Amt des Vorsitzenden zwei Wochen zuvor bekannt gegeben. Sein Name war nicht auf den vorbereiteten Stimmzetteln aufgedruckt. Von 184 gültigen abgegebenen Stimmen entfielen auf den Kandidaten Wohler 168 Stimmen, auf den Kandidaten B. 14 Stimmen und auf den Kandidaten Dr. M. zwei Stimmen.

Für die zwei Stellvertreterpositionen gab es drei Bewerber: B., B. und D.. Es wurden ebenfalls vorbereitete Stimmzettel ausgeteilt, die mit den Namensaufdrucken „Frau U. B.“ und „Herr C. D.“ versehen waren. Der Kandidat B. bewarb sich aus der Mitte der Mitgliederversammlung um das Amt eines stellvertretenden Vorsitzenden, nachdem er zuvor bei der Wahl

zum Kreisvorsitzenden unterlegen war. Sein Name wurde von den Mitgliedern auf dem Stimmzettel handschriftlich ergänzt. Die Wahl der beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden erfolgte in einem Wahlgang. Von 182 gültigen abgegebenen Stimmen entfielen 144 Stimmen auf den Kandidaten D., 139 Stimmen auf die Kandidatin B. und 39 Stimmen auf den Kandidaten B..

Der Schatzmeister wurde ohne Gegenkandidat mehrheitlich gewählt. Hierzu wurden ebenfalls vorbereitete Stimmzettel benutzt.

Um die Position des Schriftführers bewarben sich zwei Kandidatinnen, Frau K. und Frau K.. Der Name von Frau K. war auf den vorbereiteten Stimmzetteln aufgedruckt, während Frau K. sich aus der Mitte der Versammlung beworben hatte und deren Name handschriftlich hinzugefügt wurde. Von 186 gültigen abgegebenen Stimmen entfielen 104 Stimmen auf Frau K. und 59 Stimmen auf Frau K..

Für die Wahl der sechs Beisitzer wurden ebenfalls vorbereitete Stimmzettel ausgegeben. Neun weitere Personen bewarben sich aus der Mitte der Mitgliederversammlung um die Positionen der Beisitzer. Auf den Stimmzetteln befand sich überdies der aufgedruckte Hinweis, dass von den sechs zu wählenden Beisitzern mindestens vier und höchstens sechs Kandidaten anzukreuzen seien. Zwischen den Parteien ist unstreitig, dass mindestens fünf Namen auf den Stimmzetteln anzukreuzen waren.

41 der 140 abgegebenen Stimmzettel hatten weniger als fünf Namen angekreuzt. Folgende Beisitzer wurden im ersten Wahlgang gewählt: Herr F. (90 Stimmen), Herr A. (88 Stimmen), Herr F. (77 Stimmen), Frau K. (71 Stimmen). Im 2. Wahlgang wurden die zwei weiteren Beisitzer wie folgt gewählt: Frau A. (53 Stimmen), Frau V. (60 Stimmen).

II.

Die Antragstellerin hat die Wahlen vom 26.03.2003 angefochten. Das Kreisparteigericht F. wurde zum zuständigen erstinstanzlichen Gericht bestimmt, nachdem dem Kreisverband W. kein eigenes Kreisparteigericht zur Verfügung stand.

Die Antragstellerin hat im Wesentlichen geltend gemacht, dass der Hinweis auf dem Stimmzettel zum Quorum für die zu wählenden Beisitzer gegen § 39 Abs. 3 der Satzung des CDU-Landesverbandes O. verstoße, da danach $\frac{3}{4}$ der zu Wählenden und damit mindestens fünf Kandidaten anzukreuzen gewesen seien. Sie rügt weiterhin die Gestaltung der Stimmzettel

für die Wahl des Kreisvorsitzenden, auf denen nach ihrer Ansicht auch der Name des Kandidaten B. hätte aufgedruckt sein müssen, nachdem dieser seine Kandidatur zuvor schriftlich angekündigt hatte.

Die Antragstellerin hat deshalb beantragt,

die Wahlen insgesamt für nichtig zu erklären.

Der Antragsgegner hat beantragt,

die Wahlanfechtung als unbegründet zurückzuweisen.

Er hat den fehlerhaften Hinweis auf das Quorum eingeräumt, vertritt jedoch die Auffassung, dass dies keine Auswirkungen auf den Ausgang der einzelnen Wahlen gehabt habe.

Das Kreisparteigericht F. hat mit Beschluss vom 22.05.2003 den Antrag auf Aufhebung der Wahlen vom 26.03.2003 zurückgewiesen.

Zwar seien die Ausführungen der Antragstellerin zur Verfahrensweise bei der Wahl der Beisitzer zutreffend. Dieser Mangel begründe die Anfechtung jedoch nicht, da nicht erkennbar sei, dass bei Einhaltung der Vorgabe, dass mindestens fünf Kandidaten anzukreuzen gewesen wären, die Wahl eindeutig zu einem anderen Ergebnis geführt hätte. Der Bewerber B. habe zudem sowohl an den Wahlen zum Vorsitzenden als auch an den Stellvertreterwahlen teilgenommen, so dass eine Manipulation durch unterlassene Namensnennung auf den vorbereiteten Stimmzetteln zu verneinen sei.

III.

Gegen den Beschluss des Kreisparteigerichts F. hat die Antragstellerin Beschwerde beim Landesparteigericht des CDU-Landesverbandes O. eingelegt.

Sie hat geltend gemacht, dass die Wahlen der stellvertretenden Vorsitzenden in zwei getrennten Wahlgängen hätten durchgeführt werden müssen, da nach § 10 b der Kreissatzung ein 1. und 2. Stellvertreter zu wählen gewesen wäre. Überdies sei das Wahlergebnis verfälscht worden, da die Stimmzettel bereits vor Beginn der Wahlversammlung am Eingang zum Wahllokal nach Feststellung der Wahlberechtigung ausgegeben worden seien.

Es habe so die Möglichkeit bestanden, dass Stimmzettel von vorzeitig gegangenen Teilnehmern zurückgelassen und von den Verbliebenen zusätzlich ausgefüllt und abgegeben worden seien. Zudem seien die Grundsätze des Wahlheimnisses nicht eingehalten worden, da zum einen keine Wahlkabinen aufgestellt worden seien und zum anderen die handschriftlichen Ergänzungen auf den Stimmzetteln den jeweiligen Wählern konkret hätten zugeordnet werden können. Die Wahl hätte vertagt werden müssen, um neue Stimmzettel zu drucken.

Die Antragstellerin hat beantragt,

den Beschluss des Kreisparteigerichts F. zu ändern und die Nichtigkeit der Wahlen zum Kreisvorstand des CDU-Kreisverbandes W. vom 26.03.2003 festzustellen.

Der Antragsgegner hat beantragt,

die Beschwerde zurückzuweisen.

Er hat vorgetragen, die Stellvertreter hätten in Blockwahl gewählt werden können, da der Klammerzusatz des § 10 Nr. 1 b der Kreissatzung keine Wertigkeit der Stellvertreter beinhalte. Der Vorwurf der Verletzung des Wahlheimnisses sei zurückzuweisen, da der Wahlvorgang so angelegt gewesen sei, dass jedes Mitglied die Möglichkeit zur geheimen Stimmabgabe auch am eigenen Sitzplatz gehabt habe. Überdies habe jedes Mitglied auch die Möglichkeit gehabt, in Druckbuchstaben den Stimmzettel zu ergänzen, so dass eine Zuordnung zu einer bestimmten Person ausgeschlossen gewesen sei. Dass tatsächlich andere Teilnehmer etwaige liegen gebliebene Stimmzettel benutzt hätten, sei weder vorgetragen noch bewiesen und habe sich so auch nicht abgespielt.

Das Landesparteigericht des CDU-Landesverbandes O. hat mit Beschluss vom 12.09.2003

1. die Wahl der sechs Beisitzer des Kreisvorstandes für ungültig erklärt und
2. den Antrag auf Aufhebung der übrigen Wahlen abgewiesen.

Das Landesparteigericht folgt bezüglich des Wahlheimnisses und der Wahl der Stellvertreter im Wesentlichen dem Vortrag des Antragsgegners.

Die Stimmzettel zu den Wahlen am 26.03.2003 hätten bereits vor Eröffnung der Versammlung an die Mitglieder nach Feststellung ihrer Stimmberechtigung ausgegeben werden dür-

fen. Es sei allein Angelegenheit der Empfänger der Stimmzettel, wie nach Ausgabe derselben anschließend mit ihnen verfahren werde.

Es liege auch keine Wahlmanipulation dadurch vor, dass der Name des Mitbewerbers B. nicht von vornherein auf den Stimmzetteln aufgedruckt gewesen sei. Davon sei schon angesichts der Mehrfachbewerbungen des Kandidaten B. für weitere Wahlen zulässigerweise abgesehen worden. Vielmehr sei es sachgerecht, die Namen weiterer Kandidaten handschriftlich nachtragen zu lassen, da es in Wahlversammlungen zulässig und üblich sei, dass Wahlbewerber erst in der Versammlung selbst benannt würden.

Das Wahlgeheimnis sei ebenso wenig verletzt, da das Aufstellen von Wahlkabinen einerseits nicht vorgeschrieben sei. Andererseits werde dem Wahlgeheimnis genügt, wenn die Wahlentscheidung anderen Personen unbekannt bleibe, was bei einer größeren Teilnehmerzahl von Wahlberechtigten gewährleistet sei. Zudem seien die Ergebnisse derart eindeutig ausgefallen, dass ein Verstoß gegen den Wahlgrundsatz der Geheimhaltung nur dann zur Ungültigkeit der Wahl führe, wenn er das Ergebnis entscheidend beeinflusst habe, was hier jedoch nicht der Fall sei.

Eine Blockwahl der Stellvertreter sei zulässig gewesen, da sich die Reihenfolge der Vertreter allein nach der auf jeden entfallende Anzahl der Stimmen bestimmen lasse.

Die Wahl der Beisitzer sei indes ungültig, da das nach der Satzung gem. § 15 Abs. 2 des Statuts der CDU erforderliche Frauenquorum von mindestens einem Drittel nicht erreicht worden sei. Dies führe zur Unwirksamkeit der Beisitzerwahlen.

IV.

Mit Schriftsatz vom 12.10.2003 hat die Antragstellerin gegen den Beschluss des Landesparteigerichts des CDU-Landesverbandes O. fristgerecht Rechtsbeschwerde beim Bundesparteigericht eingelegt und begründet.

Sie beantragt,

den Beschluss des Landesparteigerichts wie folgt zu ändern:

Neben der Wahl der sechs Beisitzer des Kreisvorstands sind auch die Wahlen vom 26.03.2003 wie folgt ex tunc unwirksam:

1. die Wahl des Kreisvorsitzenden
2. die Wahl der beiden stellvertretenden Kreisvorsitzenden
3. die Wahl der Schriftführerin
4. die Wahl des Schatzmeisters.

Hilfsweise beantragt sie,

die Sache zur weiteren Sachaufklärung an das Landesparteigericht zurückzuverweisen.

Sie trägt hierzu eine Reihe von Anfechtungsgründen vor:

Zunächst habe die Einberufung der außerordentlichen Hauptversammlung nicht durch den stellvertretenden Kreisvorsitzenden erfolgen dürfen. Der stellvertretende Kreisvorsitzende habe zudem nicht unmittelbar nach der Eröffnung der Hauptversammlung dem Tagungspräsidenten R. die Sitzungsleitung übertragen dürfen. Überdies hätten Mitglieder mit Beitragsrückständen an der Versammlung und den Wahlen unzulässigerweise teilgenommen, während zwei weiteren Mitgliedern die Abstimmung verwehrt worden sei. Diese seien zuvor unberechtigterweise von der Ausübung ihrer Mitgliederrechte ausgeschlossen worden, wozu der verbliebene Rumpfvorstand des CDU-Kreisverbandes W. nicht legitimiert gewesen sei.

Die Gestaltung der Stimmzettel sei rechtsfehlerhaft gewesen, da auf dem Stimmzettel nicht erkennbar sein dürfe, wer den Kandidaten vorgeschlagen habe. Der Grundsatz des Wahlgeheimnisses sei verletzt, da die Stimmzettel handschriftlich ergänzt worden seien. Es hätte jedoch jeder Kandidat in alphabetischer Reihenfolge in gleichartiger Schrift auf dem Stimmzettel aufgeführt werden müssen.

Bei der Wahl der beiden Stellvertreter handle es sich um zwei verschiedene Ämter, die nicht in einer Blockwahl gewählt werden dürften. Es seien zwei Wahlgänge durchzuführen gewesen.

Der Antragsgegner beantragt,

die Rechtsbeschwerde zurückzuweisen.

Er trägt vor, die Wahl der Stellvertreter habe en bloc erfolgen dürfen, da keine Wertigkeit der zu wählenden Personen mit der Bestimmung der Kreissatzung gemeint sei. Eine Gefahr der Wahlmanipulation habe nicht bestanden, da es Sache eines jeden Mitglieds sei, wie mit den ausgehändigten Stimmzetteln verfahren werde. Die Wahlen seien auch geheim durchgeführt worden. Das Wahlgeheimnis sei durch die Gestaltung der Stimmzettel, namentlich durch die handschriftlichen Ergänzungen weiterer Bewerber, nicht verletzt worden.

V.

Die Rechtsbeschwerde der Antragstellerin ist zulässig. Sie ist form- und fristgerecht beim Bundesparteigericht eingereicht und begründet worden (§§ 42 II, 38 I PGO).

In der Sache selbst hat die Rechtsbeschwerde jedoch keinen Erfolg.

1.

Die Entscheidung des Landesparteigerichts zur Anfechtung der auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 26.03.2003 durchgeführten Wahlen des Kreisvorsitzenden und seiner beiden Stellvertreter ist aus rechtlicher Sicht nicht zu beanstanden.

Das Landesparteigericht geht zu Recht davon aus, dass die Wahl des Kreisvorsitzenden ordnungsgemäß vorbereitet und durchgeführt worden ist. Die Einberufung der Hauptversammlung konnte durch den stellvertretenden Kreisvorsitzenden D. erfolgen. Zwar sieht die Satzung des CDU-Kreisverbandes W. in § 9 Nr. 2 vor, dass der Kreisvorsitzende zur Hauptversammlung einlädt. Für den Fall der Verhinderung des Kreisvorsitzenden stehen aber nach § 10 Nr. 1b) der Kreissatzung zwei Stellvertreter zur Verfügung, die die Aufgaben des Kreisvorsitzenden in dieser Zeit wahrnehmen. Der Kreisvorsitzende und einer seiner Stellvertreter waren zurückgetreten, so dass der verbliebene Stellvertreter D. allein zur außerordentlichen Hauptversammlung aufgrund des Mitgliederbegehrens einladen konnte.

Dass Prof. R. die Leitung der Sitzung von Beginn an unmittelbar nach Eröffnung der Versammlung übernommen hatte, ist allenfalls eine Stilfrage, jedoch im Ergebnis nicht entscheidungserheblich. Besser wäre es allerdings gewesen, wenn der Tagungsleiter zunächst von der Hauptversammlung gewählt worden wäre, bevor er die Sitzungsleitung übernahm. Gerade bei zu erwartendem oder zumindest nicht auszuschließendem Streit sollten Formalien peinlich genau eingehalten werden.

Bezüglich der Teilnahme der Mitglieder mit angeblichen Beitragsrückständen hat das Landesparteigericht richtigerweise darauf hingewiesen, dass dies nicht entscheidungserheblich war angesichts der klaren Ergebnisse der Wahlen.

Die Nichtteilnahme der früheren Vorstandsmitglieder E. und H. an der Mitgliederversammlung beeinträchtigt nicht die Wirksamkeit der Wahlen. Der Austritt aus der Fraktion der CDU gilt nach § 12 Nr. 3 Statut als parteischädigendes Verhalten und berechtigte den örtlich zuständigen Kreisvorstand zum Antrag auf Ausschluss aus der Partei. Nach dem Ausscheiden der Fraktionsmitglieder aus der CDU-Fraktion im Rat der Stadt W. konnte der Vorstand des CDU-Kreisverbandes W. gemäß § 11 Abs. 6 Statut der CDU beide Mitglieder wirksam von der Ausübung ihrer Rechte bis zur Entscheidung der Parteigerichte ausschließen. Hierzu war nach dem Rücktritt einiger Vorstandsmitglieder der verbliebene Rumpfvorstand befugt. Seine Legitimation ergibt sich aus § 11 Abs. 1 Satz 2 PartG, wonach der Vorstand einer Partei aus mindestens drei Mitgliedern bestehen muss. Die Satzung des CDU-Kreisverbandes W. trifft zur Frage der Beschlussfähigkeit keine Regelung, so dass § 11 Abs. 1 Satz 2 PartG anzuwenden ist. Der verbliebene Rumpfvorstand des CDU-Kreisverbandes W. bestand zum Zeitpunkt des Ausschlusses aus dem stellvertretenden Kreisvorsitzenden D. sowie mindestens drei weiteren Beisitzern. Damit war der Vorstand legitimiert, für den Kreisverband der CDU W. zu handeln. Allerdings ist zu rügen, dass zuvor im Kreisvorstand keine Anhörung der Betroffenen erfolgt ist, sondern die Herren H. und E. von der Ausübung ihrer Rechte ausgeschlossen wurden, ohne am Verfahren beteiligt worden zu sein. Dies führt jedoch mangels Erheblichkeit nicht zu einem anderen Ergebnis in der Entscheidung des Landesparteigerichts, denn die Genannten hatten am 26.03.2003 diesen Ausschluss nicht angefochten.

Für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahl des Kreisvorsitzenden war es nicht erforderlich, die Namen der Bewerber um die Position des Kreisvorsitzenden in alphabetischer Reihenfolge und in gleicher Schriftart vorab auf die Stimmzettel zu drucken.

Eine solche Formvorschrift gibt weder die Kreissatzung, noch die Landessatzung, noch das Bundesstatut der CDU her. Nach der Kreissatzung erfolgt die Wahl durch Stimmzettel, ohne dass sich nähere Ausführungen zur Gestaltung der Stimmzettel finden (§ 15 Nr. 1 Satz 1 der Kreissatzung).

Die schriftliche Erklärung des Mitglieds G. B., an drei von fünf Wahlen als Kandidat teilzunehmen, konnte als reine Absichtserklärung verstanden werden, am Abend der Versammlung für eine der Positionen zu kandidieren. Die Formulierung seines Schreibens vom 14.03.2003 ist nicht eindeutig genug, um hierin eine klare Bewerbung für eine der zu wäh-

lenden Positionen zu sehen. Das Landesparteigericht hat deshalb zu Recht das Absehen vom Aufdruck des Namens B. auf den Stimmzetteln für drei Wahlgänge als rechtlich möglich gewertet und darauf hingewiesen, dass die Kandidatur zum Stellvertreter und zum Beisitzer jeweils vom Ausgang der Wahl zum Vorsitzenden bzw. zum Stellvertreter abhing.

Das Landesparteigericht hat das handschriftliche Hinzufügen von Kandidaten auf Stimmzetteln unter dem Aspekt des Wahlgeheimnisses im Ergebnis nicht für entscheidungserheblich gehalten.

Für die Frage der Verletzung des Wahlgeheimnisses kommt es auf die Umstände des Einzelfalls an.

Die Antragstellerin meint, bei der Wahl des Vorsitzenden und auch bei den weiteren Wahlen sei der Grundsatz der geheimen Wahl dadurch verletzt worden, dass die Namen der weiteren Kandidaten auf den ausgeteilten Stimmzetteln handschriftlich ergänzt worden seien.

Die Satzung des CDU-Kreisverbandes W. enthält zur Frage der Einhaltung des Grundsatzes der geheimen Wahl keine Aussage. Nach § 15 Nr. 1 Satz 1 der Kreissatzung sind die Wahlen der Mitglieder des Kreisvorstandes geheim und erfolgen durch Stimmzettel. Das entspricht § 15 Abs. 2 Satz 1 PartG, wonach die Wahlen der Vorstandsmitglieder geheim sind. Auch der Landessatzung ist nicht zu entnehmen, welche Anforderungen im einzelnen an geheime Wahlen im CDU-Kreisverband W. zu stellen sind.

Nach allgemeinen Grundsätzen bedeutet geheime Wahl, dass jeder sein Wahlrecht so ausüben kann, dass andere Personen keine Kenntnis von seiner Wahlentscheidung erhalten (BVerwG, Beschluss vom 24.07.1996 – Az 8 B 147 / 96).

Die rechtliche Bedeutung des handschriftlichen Ausfüllens von Stimmzetteln ist nicht unumstritten.

Nach einer Entscheidung des OVG Lüneburg zur Geheimhaltung einer Wahl innerhalb kommunaler Organe ist zur Wahrung der geheimen Wahl sicherzustellen, dass jeder Wähler unbeobachtet von anderen Wählern oder Dritten seine Stimme abgeben kann und abgibt und dass das Wahlverhalten jedes Wählers auch nach der Stimmabgabe geheim bleibt, insbesondere nicht durch Identifizierbarkeit der Schrift auf den Stimmzetteln rekonstruiert werden kann (OVG Lüneburg, Urteil vom 28.02.1984, in DÖV 1985, S. 152 ff.). Das Bundesparteigericht der CDU hat sich in seinem Beschluss vom 11.11.1991 (BPG 7/91, Leitsätze 1969

- 1993, S. 25 - 30) bezogen auf Delegiertenwahlen zur Nominierung eines Bundestagskandidaten, der Auffassung des OVG Lüneburg angeschlossen, da die Handschriften einzelner Teilnehmer und deren Abstimmungsverhalten hätten nachvollzogen werden können.

Das Bundesparteigericht hat in diesem Fall eine strenge Auslegung des Begriffs der geheimen Wahl vorgenommen, da es bei den Delegiertenwahlen in dem entschiedenen Fall faktisch um die Nominierung eines Kandidaten für einen so genannten sicheren Wahlkreis bei der Bundestagswahl ging und aus diesem Grunde die verfassungsrechtlichen Wahlgrundsätze im Vergleich zu parteiinternen Wahlen eine strenge Beachtung erfordern. Überdies hatten nur 40 stimmberechtigte Mitglieder an der Versammlung teilgenommen, die sämtliche Vorschläge für die Delegiertenwahlen handschriftlich mit Familien- und Vornamen auf die Stimmzettel schreiben mussten, so dass von jedem Teilnehmer zahlreiche Kandidatennamen handschriftlich vorlagen. In diesem Fall hätte angesichts der wenigen Teilnehmer und des umfangreichen Schriftmaterials die Möglichkeit bestanden, einzelne Stimmzettel dem jeweiligen Wahlberechtigten zuzuordnen.

Es kann keine generelle Grenze gezogen werden, ab welcher Anzahl von Teilnehmern an einer Wahl die Gefahr der Wiedererkennung von Handschriften einzelner Wähler noch und wann sie nicht mehr gegeben ist. Die Zuordnungsmöglichkeit ist bei der Verwendung handschriftlich erstellter Stimmzettel grundsätzlich im Einzelfall immer gegeben. Die handschriftliche Ergänzung von Stimmzetteln birgt diese Gefahr ebenso.

Werden vorbereitete Wahlzettel aufgrund von Spontanbewerbungen aus der Mitte der Versammlung handschriftlich um die Namen der zusätzlichen Bewerber ergänzt, dann hat die Versammlungsleitung dafür Sorge zu tragen, dass die Grundsätze des Wahlgeheimnisses auch unter diesen Umständen gewahrt bleiben. Um zu verhindern, dass Handschriften einzelnen Wählern zuzuordnen sind, sind in der Versammlung geeignete Maßnahmen zu treffen, die eine anonymisierte Stimmabgabe ermöglichen. Dies kann je nach technischer Ausstattung in der Wahlversammlung dadurch geschehen, dass die vorbereiteten und auf Datenträgern vorhandenen Stimmzettel elektronisch um die Namen der weiteren Bewerber ergänzt werden und unmittelbar danach als neuer für die Wahl zu verwendender Stimmzettel ausgedruckt werden. Im Interesse einer rechtssicheren, formgültigen Wahl sind dabei auch unwesentliche zeitliche Verzögerungen hinzunehmen.

Eine andere Möglichkeit ist das Einsammeln der ursprünglichen, handschriftlich ergänzten Stimmzettel und das erneute Austeilen dieser Stimmzettel in der Versammlung. So kann ebenfalls verhindert werden, dass das Ankreuzen eines Kandidaten auf dem Stimmzettel der

Person, die den Zettel um weitere Namen handschriftlich ergänzt hat, zugeordnet werden kann.

Im vorliegenden Fall wurden nach Bekunden des Antragsgegners die zusätzlichen Bewerbernamen mittels Beamer für die Teilnehmer der Versammlung auf eine Leinwand projiziert, um sicherzustellen, dass die Namen der Bewerber richtig geschrieben wurden. Der Antragsgegner verfügte folglich über eine technische Ausstattung, die es möglich erscheinen lässt, dass neue Stimmzettel hätten gedruckt und verteilt werden können. Selbst wenn dies nicht der Fall war, hätte der Antragsgegner die ergänzten Stimmzettel einsammeln und erneut austeilern lassen können, um so die Gefahr einer Zuordnung von Handschriften zu Wählern zu vermeiden. Zudem hätte die Versammlungsleitung um handschriftliche Ergänzung in Blockschrift bitten können, um das Risiko einer Identifizierbarkeit der Stimmabgabe so gering wie möglich zu halten.

Im Ergebnis sind diese Überlegungen angesichts des eindeutigen Wahlergebnisses jedoch nicht entscheidungserheblich. Die Wahlen wurden jeweils mit deutlicher Mehrheit entschieden, so dass ein etwaiger Verstoß durch Identifizierbarkeit der Handschrift im Einzelfall nicht zur Unwirksamkeit der Wahlen führt.

Eine wiederholt von der Antragstellerin vorgetragene mögliche Wahlmanipulation durch etwaiges Ausfüllen von Stimmzetteln derjenigen Mitglieder, die die Versammlung vorzeitig verlassen hatten, wurde von der Antragstellerin weder dargetan, noch war dies angesichts des eindeutigen Wahlergebnisses entscheidungserheblich. Das Landesparteigericht hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass ein etwaiger Verstoß gegen Wahlrechtsgrundsätze dann erheblich ist und zur Unwirksamkeit der Wahlen führen kann, wenn das Wahlergebnis dadurch entscheidend beeinflusst wurde (vgl. BVerfG 4, 375 ff). Dies ist hier nicht der Fall. Das Landesparteigericht hat berücksichtigt, dass die gewählten Kandidaten jeweils deutlich die absolute Mehrheit der Stimmen oder sogar eine Zweidrittelmehrheit erreicht haben.

2.

Die beiden Stellvertretenden Kreisvorsitzenden konnten, wie das Landesparteigericht rechtsfehlerfrei festgestellt hat, in einem Wahlgang gewählt werden. Die Kreissatzung sieht in § 10 Nr. 1 b) für die Wahl der Stellvertreter keine gesonderten Wahlgänge vor. Aus diesem Grund ist von einem einheitlichen Wahlgang für die Wahl der Stellvertreter auszugehen. Dies entspricht auch der üblichen Praxis bei Vorstandswahlen. Die Verfahrensordnung des Statuts

der CDU sieht in § 43 Abs. 2 vor, dass die stellvertretenden Vorsitzenden in einem gemeinsamen Wahlgang zu wählen sind. Dieser Grundsatz kommt auch hier zur Anwendung.

Der Klammerzusatz „1. und 2. Stellvertreter“ ist nicht als Festlegung einer hierarchischen Ordnung der Stellvertreter zueinander zu verstehen, da sich aus der Satzung keine weiteren besonderen Kompetenzen für den 1. Stellvertreter ergeben, die wiederum auf das Erfordernis eines getrennten Wahlgangs schließen lassen könnten. Vielmehr hat der Klammerzusatz lediglich eine klarstellende Funktion, wer bei Verhinderung des Vorsitzenden zunächst für die laufenden Geschäfte des Kreisverbands verantwortlich ist und wer in einem solchen Fall für die Mitglieder des Vorstands zunächst Ansprechpartner ist, die Sitzungen leitet etc. Das Landesparteigericht weist folgerichtig darauf hin, dass eine Unterscheidung von 1. und 2. stellvertretendem Vorsitzenden allein anhand der auf die jeweiligen Bewerber entfallenden gültigen Stimmen ermöglicht werden kann. Dies reicht aus, um bei gleicher Kompetenz die Reihenfolge der Zuständigkeit der Stellvertreter im Fall der Verhinderung des Vorsitzenden zu bestimmen.

3.

Die Antragstellerin hat auch die Wahl der Schriftführerin und des Schatzmeisters beanstandet. Angesichts der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse sind auch diese Vorwürfe für die Entscheidung unerheblich.

Die Rechtsbeschwerde der Antragstellerin war daher trotz der aufgesagten Fehler bei der Vorbereitung und der Durchführung der Wahlen im Ergebnis zurückzuweisen.

VI.

Die Kostenentscheidung beruht auf § 43 PGO.

gez. Dr. Kuthning
bert-Lang

gez. Hellner

gez. Dr. Lam-

gez. Dr. Rumler-Detzel

gez. Kansy

Ausgefertigt: Berlin, 20. August 2004